



HAL
open science

Die praktische Relevanz des politischen Liberalismus

Julian Culp

► **To cite this version:**

Julian Culp. Die praktische Relevanz des politischen Liberalismus. Liberalismus: Traditionsbestände und Gegenwartskontroversen, Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, pp.387-408, 2019, <10.5771/9783845282336-387>. <hal-04959575>

HAL Id: hal-04959575

<https://hal.science/hal-04959575v1>

Submitted on 20 Feb 2025

HAL is a multi-disciplinary open access archive for the deposit and dissemination of scientific research documents, whether they are published or not. The documents may come from teaching and research institutions in France or abroad, or from public or private research centers.

L'archive ouverte pluridisciplinaire HAL, est destinée au dépôt et à la diffusion de documents scientifiques de niveau recherche, publiés ou non, émanant des établissements d'enseignement et de recherche français ou étrangers, des laboratoires publics ou privés.



HAL Authorization

Julian Culp

Die praktische Relevanz des politischen Liberalismus – eine Verteidigung am Beispiel gerechter Bildungspolitik¹

1. Einleitung

Den Liberalismus dafür anzugreifen, dass dieser wirklichkeitsfremd sei, ist ein wiederkehrender Topos in der westlichen Tradition moralischen und politischen Denkens. Marx' Kritik etwa, dass die Rede subjektiver Rechte ideologisch sei, weil die sozialen Voraussetzungen dieser dabei aus dem Blick gerieten, wirft dem Liberalismus eine Verzerrung der Wirklichkeit vor.² Ende des 20. Jahrhunderts greifen die Kommunitaristen den Liberalismus dafür an, dass dieser auf einer verkürzten Sozialontologie beruhe, welche Individuen als sozial entwurzelte und vollkommen unabhängige Wesen auffasse.³ In dem 2016 erschienenen Sonderheft „Politische Theorie in der Krise“ der Zeitschrift *Mittelweg 36* haben nun einige politische Theoretiker diesen Topos erneut aufgegriffen. Darin warfen sie dem politischen Liberalismus rawlsianischer Prägung vor, dass dieser aufgrund seiner Abstraktheit und Weltferne für drängende politische Fragen praktisch irrelevant sei.⁴ Dies zeige sich daran, so die Argumentation, dass sich die gegenwärtigen Vertreter des politischen Liberalismus nicht zu den vielen Krisen in und um Europa äußerten. Da außerdem der politische Liberalismus die zeitgenössische politische Theorie dominiere, sei dies der Grund dafür, weshalb die politikwissenschaftliche Disziplin als Ganze zu den aktuellen Krisen schweige.⁵

In diesem Aufsatz verteidige ich den politischen Liberalismus gegen diese Kritik der praktischen Irrelevanz auf zwei verschiedene Weisen. Zunächst zeige ich, dass diese Kritik, wenn sie spezifisch auf Rawls' politisch liberale Gerechtigkeitstheorie zielt, allzu vereinfachend ist, da sie nicht hinreichend das Verhältnis zwischen *idealer* und *nicht-idealer Theorie* berücksichtigt (2.). Anschließend stelle ich einen politisch liberalen Ansatz öffentlicher Erziehung und Bildung vor. Anhand dieses Beispiels veranschauliche ich, wie es der politische Liberalismus vermochte, zur Lösung der gegenwärtigen Bildungs- und Erziehungskrise beizutragen,

¹ Im Folgenden verwende ich aus Gründen besserer Lesbarkeit auch bei nicht geschlechtsneutralen Begriffen die männliche Form. Diese schließt die weibliche Form mit ein.

² Vgl. *Buchanan*, Marx and Justice: The Radical Critique of Liberalism.

³ Vgl. *Honneth*, Kommunitarismus.

⁴ Wenn ich im Folgenden vom politischen Liberalismus spreche, so beziehe ich mich durchgängig auf einen politischen Liberalismus *rawlsianischer Prägung*. Es ist ein zentrales Merkmal dieser Art des politischen Liberalismus, dass er nicht nur von vernünftigen Meinungsverschiedenheiten bzgl. unterschiedlicher Auffassungen des guten Lebens ausgeht, sondern auch von vernünftigen Meinungsverschiedenheiten bzgl. idealer Gerechtigkeitsauffassungen. Vgl. *Hinsch*, Zur Idee des politischen Liberalismus.

⁵ Vgl. *Kreide*, Das Schweigen des politischen Liberalismus; *Nonhoff*, Krisenanalyse und radikale Theorie der Demokratie; *Vogelmann*, Liberale Subjekte.

die durch eine zunehmende Ökonomisierung öffentlicher Bildung und Erziehung entstanden ist (3.).

2. Zur praktischen Relevanz von Rawls' idealer Theorie

Die im *Mittelweg 36* geäußerte Kritik am politischen Liberalismus ähnelt sehr stark dem Einwand, der seit längerem gegenüber Rawls' *Idealtheorie* angeführt wird.⁶ Bekanntermaßen versucht Rawls' ideale Theorie die Grundsätze der Grundstruktur einer vollkommen gerechten sozialen Ordnung zu begründen, während nicht-ideale Theorie anstrebt, Grundsätze zu rechtfertigen, die unter ungerechten Bedingungen zu befolgen sind; diese Unterscheidung entspricht unterschiedlichen, obgleich miteinander zusammenhängenden, Untersuchungsgegenständen politischer Philosophie. Nun lautet der Einwand an Rawls' idealer Theorie, dass sie verfehle, politische Handlungsempfehlungen auszusprechen, die zur Verringerung von Ungerechtigkeiten praktisch brauchbar wären. Da sich die Idealtheorie mit der Begründung von Gerechtigkeitsgrundsätzen für eine nahezu vollkommen gerechte Gesellschaft beschäftige, versäume sie es, zu drängenden Gerechtigkeitsproblemen Stellung zu nehmen. Dies sei ein erhebliches Manko von Rawls' Gerechtigkeitstheorie, da eine solche Theorie eine praktische Orientierungsfunktion zu erfüllen habe.⁷

Im Genaueren richtet sich diese Kritik gegen zwei unterschiedliche Operationen idealer Theorie – die *Idealisierung* einerseits und die *Abstraktion* andererseits.⁸ Während bei der *Idealisierung* Annahmen getroffen werden, die nicht der Realität entsprechen, werden bei der *Abstraktion* Tatsachen ausgeklammert. So besagt die Kritik zum einen, dass die Idealisierung gegebener Tatsachen, wie etwa der mangelnden Bereitschaft, bestimmten Gerechtigkeitserfordernissen nachzukommen, dafür verantwortlich sei, dass Rawls' ideale Theorie unter gegenwärtigen Bedingungen nicht handlungsrelevant sei. Die Forderung, einem bestimmten Gerechtigkeitsanspruch nachzukommen, der unter der Annahme einer allgemeinen Befolgung dieses Anspruchs gerechtfertigt wird, besitze schlicht keine Gültigkeit, sofern diese Annahme nicht zuträfe.⁹ Die Einwände gegen ideale Theorie lauten zum anderen, dass durch die Abstraktion von bestimmten Umständen, wie etwa denen vergangenen Unrechts, die aus der Idealtheorie

⁶ Vgl. *Mills*, *Ideal Theory as Ideology*; *Brennan/Pettit*, *The Feasibility Issue*; *Sen*, *What Do We Want From A Theory of Justice?*; *Farrelly*, *Justice in Ideal Theory*.

⁷ Dementsprechend stellt *Farrelly*, *Justice in Ideal Theory*, S. 845, fest: „[A] theory of social justice, and the principles of justice it endorses, must function as an adequate guide for our collective action.“

⁸ *O'Neill*, *Abstraction, Idealization and Ideology in Ethics. Towards Justice and Virtue*, S. 39-44.

⁹ *Farrelly*, *Justice in Ideal Theory*, S. 853, kritisiert Rawls' Ansatz auf diese Weise wie folgt: „By ignoring the realities of non-compliance [...], Rawls' theory of 'justice as fairness' insulates itself from the most pressing concerns that face every real society.“ Für eine analoge Kritik an utilitaristischen Moralphilosophien, die in der Formulierung ihrer akteurspezifischen Grundsätze nicht berücksichtigen, welcher Anteil moralischer Akteure sich an die utilitaristischen Grundsätze hält, vgl. *Murphy*, *Moral Demands in Non-ideal Theory*.

sich ergebenden Handlungsimplicationen moralisch falsch seien. So hätten z.B. Individuen und Gruppen, die Nachfahren der Opfer vergangenen Unrechts sind, unter heutigen Bedingungen womöglich größere Gerechtigkeitsansprüche als dies der Fall wäre, wenn das vergangene Unrecht, wie die Idealthorie voraussetzt, nicht stattgefunden hätte.¹⁰

Die Entgegnungen derjenigen, die Rawls' Gerechtigkeitstheorie dennoch für plausibel halten, machen geltend, dass diese aus zwei Teilen bestehe, der Idealthorie und der nicht-idealen Theorie.¹¹ Die Idealthorie sei daher nicht eigenständig, sondern komplementär zu nicht-idealer Theorie zu betrachten.¹² Diese komplementäre Sichtweise verdeutliche, dass Rawls' Idealthorie nicht primär beanspruche, nur für sich genommen unter gegenwärtigen Bedingungen unmittelbar handlungsrelevant zu sein. Es sei vielmehr die Aufgabe nicht-idealer Theorie, Aussagen zu treffen, die im Hier und Jetzt von praktischer Bedeutung seien. Rawls bestimmt dementsprechend den Gegenstandsbereich nicht-idealer Theorie als die Begründung von „politischen Programmen und Handlungsmöglichkeiten, die [unter nicht-gerechten Umständen] moralisch zulässig, politisch möglich und aller Wahrscheinlichkeit nach auch wirksam sind.“¹³ Insbesondere müsse nicht-ideale Theorie wohlbegründete Aussagen darüber treffen, wie unter momentanen Bedingungen politisch zu entscheiden sei, um dauerhaft Gerechtigkeit herzustellen. Sie sei deswegen im Wesentlichen eine *Transitions- bzw. Übergangstheorie*.¹⁴

Zudem erkläre dieser Wesenszug nicht-idealer Theorie auch, weshalb diese nicht unabhängig von der idealen Theorie sei. Vielmehr diene die ideale Theorie der nicht-idealen Theorie dazu, sich zu vergewissern, dass die konkreten Handlungsempfehlungen letzterer tatsächlich zu einer langfristigen Realisierung der idealtheoretischen Grundsätze beitragen bzw. einer solchen zumindest nicht entgegenstünden.¹⁵ So ließe sich u.U. argumentieren, dass, sofern eine faire zwischenstaatliche Kooperation das ideale Ziel internationaler Gerechtigkeit sei, eine paternalistisch betriebene Entwicklungshilfe selbst dann nicht zu rechtfertigen wäre, wenn diese unter gegenwärtigen Umständen extreme sozioökonomische Armut verringere. Diese

¹⁰ Mills, *Ideal Theory as Ideology*, S. 168-169.

¹¹ Vgl. *Stemplowska*, *What's Ideal about Ideal Theory?*, *Robeyns*, *Ideal Theory in Theory and Practice*; *Swift*, *The Value of Philosophy in Nonideal Circumstances*; *Simmons*, *Ideal and Nonideal Theory*; *Culp*, *Two Conceptions of Ideal and Nonideal Theory*.

¹² Zum komplementären Verhältnis idealer und nicht-idealer Theorie vgl. *Rawls*, *A Theory of Justice*, S. 7-11, 142-150, 243-251, 300-3, 350-355 und 541-544; *Feinberg*, *Duty and Obligation in the Non-Ideal World*; *Cooper*, *The Perfectly Just Society*; *Philips*, *Reflections on the Transition from Ideal to Non-Ideal Theory*; *Korsgaard*, *The Right to Lie: Kant on Dealing with Evil*; *Buchanan*, *Justice, Legitimacy, and Self-Determination*, S. 64-68.

¹³ *Rawls*, *Das Recht der Völker*, S. 113.

¹⁴ *Ebd.*, S. 114.

¹⁵ *Simmons*, *Ideal and Non-Ideal Theory*, S. 22; *Sreenivasan*, *What is Non-Ideal Theory?*, S. 234; *Hirsch*, *Ideal Justice and Rational Dissent*, S. 374.

Argumentation könnte zumindest dann zutreffen, wenn ein solcher Paternalismus das Erreichen des Ziels internationaler Gerechtigkeit nachhaltig erschweren würde, und alternative Wege existierten, extreme sozioökonomische Armut zu reduzieren.

Vielen Kritikern erscheint ein solcher Verweis auf die Komplementarität idealer und nicht-idealer Theorie jedoch ungenügend, um ihre Kritik zu entkräften. Schließlich hat sich Rawls nahezu ausschließlich mit idealtheoretischen Fragestellungen beschäftigt.¹⁶ Insofern stimmt es, dass Rawls' gesamtes Werk wenige Beiträge dazu liefert, wie mit aktuellen Gerechtigkeitsproblemen umzugehen ist. Gleichwohl wäre es falsch, daraus zu schließen, dass die dem politischen Liberalismus verpflichtete politische Theorie es insgesamt verfehle, im Modus nicht-idealer Theorie zur Lösung aktueller Krisen beizutragen. Schließlich bemühen sich eine Vielzahl liberaler Philosophen und politischer Theoretiker darum, Rawls' Ideen für gegenwärtige praktische Probleme nutzbar zu machen. Sie sind wie Rawls *liberal* in dem Sinne, dass sie Menschen prinzipiell bzw. universell als Freie und Gleiche ansehen, die aus vernünftigen Gründen nicht nur unterschiedliche Auffassungen des guten Lebens, sondern auch Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich vollkommen gerechter sozialer Verhältnisse haben. Solche Philosophen und politische Theoretiker erarbeiten sehr wohl praktische Ansätze, die Krisen in und um Europa sowie in anderen Erdteilen betreffen. Stichpunktartig seien hier lediglich die Themen genannt, die diese Ansätze behandeln: Entwicklungshilfe,¹⁷ europäische Solidarität,¹⁸ Klimawandel,¹⁹ Kriegsführung,²⁰ Migration,²¹ Sezession²² und staatliche Souveränität.²³

Darüber hinaus lässt sich aber auch argumentieren, dass sogar Rawls' Idealtheorie bereits nur für sich genommen von praktischer Bedeutung für die Lösung politischer Krisen ist. Denn Rawls' Idealtheorie beansprucht eine motivationale Wirkung zu entfalten, indem sie politische Akteure mit ihrer sozialen Welt versöhnt und dadurch deren moralische Einstellungen gegenüber dieser positiv beeinflusst.²⁴ Schließlich soll die Idealtheorie zeigen, dass eine dauerhaft fundamental gerecht eingerichtete soziale Ordnung prinzipiell möglich ist.²⁵ Prinzipiell

¹⁶ Rawls behandelt für den innerstaatlichen Kontext lediglich die nicht-ideale Fragestellung der Bedingungen, unter denen ziviler Ungehorsam zu rechtfertigen ist; vgl. *Rawls, A Theory of Justice*, S. 420-430 (§ 57). Für den internationalen Kontext diskutiert er die nicht-idealen Fragen des gerechten Krieges und der Entwicklungshilfe; vgl. *Rawls, Das Recht der Völker*, S. 113-149 (§§13-16).

¹⁷ *Lloyd-Williams, Rawls, Development and Global Justice*.

¹⁸ *Sangiovanni, The Bounds of Solidarity: International Justice, Reciprocity and the European Union*.

¹⁹ *Jamieson, Reason in Dark Times; Moellendorf, Dangerous Climate Change*.

²⁰ *Fabre, Cosmopolitan War; Cosmopolitan Peace*.

²¹ *Carens, The Ethics of Immigration*.

²² *Buchanan, Justice, Legitimacy and the Use of Force*.

²³ *Ronzoni, The Global Order – A Case of Global Background Injustice?*

²⁴ Vgl. *Rawls, Politischer Liberalismus*, S. 61-4; *Das Recht der Völker*, S. 157-63; *Gerechtigkeit als Fairness*, S. 22-24; vgl. auch *Schaub, Gerechtigkeit als Versöhnung*.

²⁵ *Rawls, Das Recht der Völker*, S. 4.

möglich heißt, dass die Realisierung einer solchen Ordnung weder unvereinbar wäre mit naturwissenschaftlichen Gesetzen, noch „mit tief gehenden Strömungen und Tendenzen der sozialen Welt“²⁶. Ihr Ziel ist somit das Aufzeigen einer *realistischen Utopie*.²⁷ Dadurch kann Rawls' Idealtheorie, zumindest wenn sie ihrem selbstgesetzten Ziel gerecht wird, zynischen und pessimistischen Einstellungen effektiv entgegenwirken. Genau solche Einstellungen können nämlich andernfalls dadurch entstehen, dass angesichts allseits grassierender Ungerechtigkeiten Auffassungen sozialer und politischer Gerechtigkeit nur noch als *reine* – also prinzipiell unrealisierbare – Utopie aufgefasst werden würden. Die Idealtheorie kann hingegen zu der Einsicht verhelfen, dass Ungerechtigkeiten, so allgegenwärtig sie momentan auch sein mögen, nicht notwendigerweise menschliche Verhältnisse charakterisieren. Dies ermöglicht eine Versöhnung mit der sozialen Welt, welche die Motivation befördert, sich zuversichtlich für soziale und politische Gerechtigkeit einzusetzen.

Es ist dieses spezifische Ziel von Rawls Idealtheorie – der Nachweis der Möglichkeit einer realistischen Utopie –, das dazu führt, dass Rawls' Werk von relativ abstrakten Überlegungen gekennzeichnet ist. Denn dieses Ziel wirft die Frage auf, wie, wenn überhaupt, sich eine gerechte soziale Ordnung als stabil erweisen kann. So trifft Rawls u.a. die moralpsychologische Annahme, dass Bürger, die unter gerechten sozialen und politischen Institutionen aufwachsen, einen Gerechtigkeitssinn ausbilden, der sie dazu motiviert, diese Institutionen aufrecht zu erhalten.²⁸ Zu Rawls' wirtschaftlichen Prämissen zählt, dass ein fairer Wettbewerb unter gut ausgebildeten Personen, die gleichermaßen talentiert und einsatzbereit sind, zur Konsequenz hat, dass Oligopole und damit einhergehende Einkommens- und Vermögensunterschiede vermieden werden.²⁹ Des Weiteren entnimmt Rawls der politischen Soziologie die Überlegung, dass liberale Gesellschaften permanent durch einen weltanschaulichen Pluralismus gekennzeichnet sind, während eine gesellschaftlich einheitliche Weltanschauung nur mittels staatlicher Unterdrückung zu erreichen ist.³⁰ Insofern ist es Rawls' spezifischem Forschungsinteresse geschuldet, dass viele Leser seine liberale politische Theorie als ‚abstrakt‘ und

²⁶ Ebd., S. 162.

²⁷ Ebd., S. 13-4.

²⁸ Vgl. *Rawls, Gerechtigkeit als Fairneß*, 226-227, 298. Vgl. auch *Rawls, A Theory of Justice*, S. 493-556 (Kap. 8); dort behandelt Rawls die Herausbildung eines Gerechtigkeitssinns in Anlehnung an Jean Piaget und Lawrence Kohlberg; er unterscheidet dementsprechend zwischen autoritätsorientierter (S. 503-508 (§70)), gruppenorientierter (S. 508-513 (§71)) und grundsatzorientierter (S. 514-521 (§72)) Moralität.

²⁹ Diese Annahme verwendet *Rawls, Gerechtigkeit als Fairneß*, S. 11, auch, um der Kritik entgegenzutreten, dass sein Differenzprinzip zu viele sozioökonomische Ungleichheiten zulassen würde. Das Differenzprinzip erlaubt Einkommens- und Vermögensungleichheiten nur unter der Bedingung, dass diese zum größtmöglichen Vorteil der schlechtestgestellten gesellschaftlichen Gruppierung sind; vgl. ebd., S. 78.

³⁰ Vgl. ebd., S. 66-67.

„weltfern“ wahrnehmen.³¹ Diese Wahrnehmung verkennt jedoch, dass, wie eben dargestellt, die Idealtheorie auf diese Weise politische Einstellungen positiv zu affizieren versucht. Daher ist selbst Rawls' Idealtheorie zumindest eine indirekte praktische Handlungsrelevanz nicht abzusprechen.

Nun könnte man zwar diese Art praktischer Relevanz anerkennen, dennoch aber verneinen wollen, dass hiermit eine konkrete politische Krise adressiert werden würde. Hierauf ließe sich zunächst entgegen, dass es ebenso als Vorteil verstanden werden kann, dass Rawls' Idealtheorie nicht eine einzelne politische Krise in den Blick nimmt, sondern im Grunde im Kontext aller politischen Krisen von praktischer Relevanz ist. Schließlich ist in allen solchen Krisen die Motivation gerecht zu handeln von unmittelbarer praktischer Bedeutung. Zusätzlich ist zu berücksichtigen, dass Rawls' Arbeiten zu einem Zeitpunkt veröffentlicht wurden, in dem es angemessen erschien, von einer in westlichen Ländern relativ weit verbreiteten moralischen Krise zu sprechen, die im Zuge der Wahrnehmung eines durch den Holocaust verursachten Zivilisationsbruchs aufgezogen ist. Sie besteht in einer selbstkritischen Hinterfragung der bislang gemeinhin für gültig anerkannten Ideale der Aufklärung, und im Besonderen im Aufkommen des Zweifels daran, dass es Sinn macht, nach Gerechtigkeit zu streben. Rawls' ideale Theorie schlägt einen Umgang mit genau dieser Krise vor. Die Einsicht in die Möglichkeit einer dauerhaft gerechten politischen Ordnung kann dazu motivieren, sich trotz dieser Gräueltaten und der damit vermeintlich verbundenen Aussichtslosigkeit um Gerechtigkeit zu bemühen. Insofern ist Rawls durch die Formulierung seiner idealen Theorie um die Lösung einer historisch gegebenen Krise bemüht.

3. Politisch liberale Bildungspolitik

In diesem Abschnitt verfolge ich nun auf eine zweite Weise das Ziel, die praktische Relevanz des politischen Liberalismus aufzuzeigen. Hierfür lege ich dar, wie sich der politische Liberalismus zu praktischen Fragen gerechter Bildungspolitik äußert. Dessen Beitrag kann als Reaktion auf eine Krise öffentlicher Bildung und Erziehung verstanden werden, die sich aus der zunehmenden Ökonomisierung dieser ergeben hat. Diese Ökonomisierung besteht darin, dass öffentliche Bildungs- und Erziehungspolitik in den meisten westlich geprägten Ländern zunehmend privaten ökonomischen Interessen bzw. wirtschaftlichem Wachstum dienen soll. Öffentliche Erziehung fokussiert sich zunehmend auf die Mehrung von Humankapital und

³¹ Nota bene haben aber nicht alle Leser diesen Eindruck bei der Lektüre von Rawls' Schriften. Ein besonders prominentes Gegenbeispiel ist G.A. Cohen, der Rawls' Gerechtigkeitsgrundsätze gerade deswegen für verfehlt hält, weil Rawls zu viele empirische Annahmen in der Begründung seiner Grundsätze verwende. Vgl. *Cohen, Rescuing Justice and Equality*, S. 229-273 (Kap. 6).

wird dadurch zur Gehilfin einer überwiegend eindimensional kapitalistisch organisierten sozialen Ordnung. In *Philosophie einer humanen Bildung* analysiert Julian Nida-Rümelin treffend die Entwicklungen europäischer Bildungspolitik wie folgt: „Während erfolgreiche Bildungsreformen der Vergangenheit das durchgängige Charakteristikum aufwiesen, die Bildungsanstrengungen von unmittelbaren Verwertungsinteressen abzukoppeln, scheint es zur *hidden agenda* geworden zu sein, diesen Prozess umzukehren.“³² Martha Nussbaum spricht in *Nicht für den Profit! Warum Demokratie Bildung braucht* gar von einer *weltweiten* Bildungskrise, die zur Folge habe, dass es zu einer Verringerung geisteswissenschaftlicher und musischer zugunsten anwendungsorientierter Fächer käme, da letztere einen größeren wirtschaftlichen Nutzen versprechen.³³ Bevor ich die praktisch-philosophischen Einsichten darstelle, die der politische Liberalismus angesichts dieser Bildungs- und Erziehungskrise befördert, entgegne ich aber zunächst dem grundsätzlichen Einwand, dass ein politisch liberaler Ansatz aus theorieinternen Gründen zu Fragen der Bildung und Erziehung zu schweigen habe.

3.1. Liberales Schweigen – Probleme der Böckenförde-These

Im deutschen Sprachraum dürfte eine Kritik der Sprachlosigkeit des Liberalismus gerade in Bildungs- und Erziehungsfragen kaum neu erscheinen. Die sogenannte Böckenförde-These wird mithin häufig so verstanden, dass eine liberale staatliche Ordnung auf moralisch-sittlichen Grundlagen beruhe, deren soziale Reproduktion sie selbst nicht gewährleisten könne.³⁴ Liberale politische Philosophie sei aus internen Gründen unfähig, bildungs- und erziehungspolitische Handlungsempfehlungen zu liefern, die zur Realisierung ihrer eigenen Ideen beitragen. Warum aber genau, und inwiefern, wird der liberalen politischen Philosophie nachgesagt, nicht im Stande zu sein, praktische Vorschläge dieser Art vorzubringen?³⁵

Die Böckenförde-These kann zum einen so verstanden werden, dass der liberale Staat deswegen nicht in der Lage sei, seine eigene Reproduktion zu sichern, da individuelle moralische Entwicklung lediglich in außer- bzw. vopolitischen Gemeinschaften wie etwa der Familie, religiösen Gemeinden oder Freundeskreisen stattfände. Auf diese hätte der liberale Staat jedoch keinen Einfluss. Die auf diese Weise gedeutete Böckenförde-These stellt keine beson-

³² Nida-Rümelin, *Philosophie einer humanen Bildung*, S. 12.

³³ Nussbaum, *Nicht für den Profit! Warum Demokratie Bildung braucht*. Für eine Analyse der Kommerzialisierung der Bildung in Großbritannien, vgl. Crouch, *Commercialization or Citizenship: The Case of Education*.

³⁴ Böckenförde, *Freiheit und Recht, Freiheit und Staat*; Honneth, *Demokratie und öffentliche Erziehung*, S. 433-434, stellt aber heraus, dass „Böckenförde seine Einsicht ursprünglich wohl viel enger verstanden hat, nämlich als Hinweis auf die sittlichen Bestandsvoraussetzungen allein des modernen Rechts“, bemerkt jedoch, dass „sie inzwischen doch viel weiter gedeutet und als Beleg für eine kulturelle Unselbständigkeit aller demokratischen Rechtsstaaten genommen“ wird.

³⁵ In der folgenden, zweifachen Interpretation der Böckenförde-These folge ich Honneth, *Demokratie und öffentliche Erziehung*.

ders herausfordernde Kritik liberaler politischer Philosophie dar. Zunächst scheint es willkürlich, Prozesse individueller moralischer Entwicklung lediglich außerhalb politischer Institutionen anzusiedeln. Wie bereits erwähnt geht Rawls – unter Berufung auf Kohlberg – im Gegenteil davon aus, dass Bürger, die unter gerechten politischen Institutionen aufwachsen, moralische Einstellungen ausbilden, die den Erhalt dieser Institutionen gewährleisten.³⁶ Dies stellt zwar nicht in Frage, dass die in außer- bzw. vorpolitischen Gemeinschaften gemachten Erfahrungen ebenfalls darüber entscheiden, welche moralische Entwicklung Bürger durchlaufen. Dennoch scheint es abwegig, zu behaupten, dass die durch politische Institutionen vermittelten Erfahrungen keinerlei Implikationen für die moralische Entwicklung von Bürgern hätten.

Zusätzlich können politische Institutionen auch auf die Gestaltung vor- bzw. außerpolitischer Gemeinschaften einwirken. Obwohl die Beeinflussung solcher Gemeinschaften sich nur indirekt vollzieht und nicht die gesamte Regulierung bzw. Organisation dieser Gemeinschaften betrifft, ist sie dennoch nicht folgenlos für die moralische Entwicklung ihrer Mitglieder. So hängen beispielsweise die Formen familiärer Arbeitsteilung, welche die genderspezifischen Rollenbilder des Nachwuchses prägen, damit zusammen, wie Einkommen besteuert werden, sowie welche monetären Ansprüche den verschiedenen Familienmitgliedern nach formaler Auflösung der Familie zukommen. Auch wenn eine solche indirekte staatliche Einflussnahme die normativen Ordnungen vor- bzw. außerpolitischer Gemeinschaften nur partiell bestimmt und zudem die Mitglieder solcher Gemeinschaften nicht von ihren erzieherischen Verantwortlichkeiten entlastet, so lässt sich ihre Wirksamkeit dennoch wohl kaum grundsätzlich bestreiten.³⁷

Einer zweiten Deutung der Böckenförde-These folgend kann der liberale Staat deswegen nicht seine moralisch-sittlichen Bestandsvoraussetzungen sichern, weil dieser einem ethischen Neutralitätsgebot folge, und deswegen keine moralischen Ziele verfolgen darf.³⁸ Daher darf ein liberaler Staat im Bereich der Bildungs- und Erziehungspolitik nicht bestrebt sein, die moralischen Dispositionen seiner Bürger in einer Weise zu formen, die dem Erhalt oder der

³⁶ Rawls, *Gerechtigkeit als Fairneß*, S. 226-7; vgl. auch Rawls, *Gerechtigkeit als Fairneß*, S. 298-301.

³⁷ Vgl. zum Zusammenspiel zwischen institutionellen politischen Normen und den Normen, die sich auf vor- bzw. außerpolitische Gemeinschaften beziehen, den erhellenden Aufsatz von *Ronzoni*, *What makes a basic structure just?*

³⁸ Alternative Lesarten des ethischen Neutralitätsgebots besagen, dass Lehrpersonen in Schulen entweder keine moralischen Fragen diskutieren dürfen oder sich in solchen Diskussionen nicht selbst positionieren dürfen. *Meyer*, *Bildung*, S. 33, vertritt die Auffassung, dass Lehrpersonen notwendigerweise Wertediskussionen thematisieren müssen, weil Kinder und Jugendliche ansonsten nicht in die Lage versetzt werden, kritisch über Werte zu reflektieren; zusätzlich erachtet Meyer – wie auch Schaber, *Moralische Neutralität und Autonomie*, S. 93 – eine moralische Positionierung der Lehrperson als zulässig, sofern die Argumente der Gegenposition ebenfalls hinreichend erörtert werden.

Errichtung liberaler politischer Institutionen förderlich wäre.³⁹ Axel Honneth kritisiert diese Auffassung des liberalen Staates vehement, denn „desto stärker die öffentliche Schule [in diesem Sinne] als ethisch neutral gedacht würde [...] desto stärker geht der demokratischen Gesellschaft das beinahe einzige Instrument verloren, über welches sie zur Regenerierung ihrer eigenen moralischen Grundlagen verfügt.“⁴⁰

Den liberalen Staat für „ethisch neutral“ in dem Sinne zu halten, dass er gewissermaßen „amoralisch“ sei und keine moralischen Ziele verfolge, beruht jedoch auf einem Missverständnis. Die politisch liberale Idee ethischer Neutralität ist eine moralische, deren Realisierung die Verfolgung bestimmter moralischer Ziele erfordert. Beispielsweise verteidigt die liberale politische Philosophie – und dementsprechend auch ein liberaler Staat – bestimmte Grundfreiheiten wie etwa die Religions- und Gewissensfreiheit als moralisch anzuerkennende subjektive Rechte. Sofern die Verwirklichung dieser Rechte erfordert, dass der liberale Staat durch ein öffentliches Bildungs- und Erziehungssystem die moralischen Dispositionen der Bürger bewusst formt, so ist dem aus liberaler Perspektive prinzipiell nichts entgegenzusetzen.⁴¹

In der Tat hat eine bewusste Formung moralischer Dispositionen Konsequenzen, die den Anhängern verschiedener, vernünftiger Vorstellungen des Guten in unterschiedlichem Maße zum Vorteil gereichen. Für diejenigen Bürger, die etwa in der politischen Partizipation ihre Vorstellung eines guten Lebens realisieren, ist die staatliche Gewährleistung dieser Partizipation von größerem Vorteil als für jene, für die eine solche irrelevant mit Blick auf die Realisierung ihrer Vorstellung des guten Lebens ist. Dennoch verhält sich der liberale Staat, der politische Freiheit zu sichern bestrebt ist, gegenüber solch unterschiedlichen Vorstellungen des Guten neutral, solange sich seine politischen Maßnahmen gegenüber allen Bürgern rechtfertigen lassen.⁴² Dass eine solche Rechtfertigung für politische Freiheit möglich ist, liegt aus liberaler Perspektive daran, dass weder Angehörige der einen noch der anderen Vorstellung des Guten vernünftigerweise bestreiten können, dass die Garantie politischer Freiheit in einer sozialen Welt, die von einem weltanschaulichem Pluralismus gekennzeichnet ist, notwendig ist. Da keine gesellschaftlich geteilte Vorstellung des Guten besteht, kann eine solche nicht als Basis verwendet werden, um zu klären, wie politisch zu verfahren und zu entscheiden ist. Deswegen muss die Gewährleistung politischer Freiheit allen Bürgern erlauben, sich an öffentlichen

³⁹ Diese Deutung entspricht einer verbreiteten Interpretation der Böckenförde-These, weder aber Honneths noch Böckenfördes Auffassung der Bedeutung dieser These.

⁴⁰ Honneth, *Demokratie und öffentliche Erziehung*, S. 435.

⁴¹ Allerdings ist es in der Tat als Problem anzuerkennen, dass die staatlich beförderte moralische Entwicklung der Bürger die normative Relevanz ihrer Zustimmung in Frage stellen könnte. Vgl. hierzu *Brighouse, Civic Education and Liberal Legitimacy*.

⁴² Waldron, *Theoretical Foundations of Liberalism*.

Meinungs- und Willensbildungsprozessen zu beteiligen. Die ethische Neutralität des liberalen Staates wäre nur dann verletzt, würde dieser politische Maßnahmen vornehmen, die von Anhängern vernünftiger Vorstellungen des Guten aus guten Gründen zurückgewiesen werden könnten. Ethische Neutralität beweist sich in der moralischen Rechtfertigbarkeit politischer Maßnahmen und nicht in dem Verzicht auf die Verfolgung moralischer Ziele.⁴³

Es widerspricht also nicht den Ideen des politischen Liberalismus, dass dieser sich zur Gestaltung des öffentlichen Bildungs- und Erziehungssystems äußert, und dass ferner der liberale Staat gezielt erzieherische Anstrengungen unternimmt, um die Herausbildung bestimmter moralischen Einstellungen seiner Bürger zu befördern. Dennoch ließe sich womöglich den Theoretikern des politischen Liberalismus vorwerfen, zu wenige Beiträge zu konkreten Fragen der Gestaltung des öffentlichen Bildungs- und Erziehungssystems zu liefern. Bei genauerer Betrachtung von Rawls Werk lässt sich jedoch feststellen, dass sich in diesem einige Anhaltspunkte dafür identifizieren lassen, welche Ziele ein solches System zu verfolgen hätte. Diese Ziele konstituieren ein Ideal demokratischer Bildung, mittels welchem sich die gegenwärtige Fixierung auf die ökonomische Verwendbarkeit von Bildung kritisieren lässt. Zusätzlich haben Bildungsphilosophen auch einige pädagogische Implikationen herausgearbeitet, die sich aus einem solchen Ideal ergeben.

3.2. Demokratische Bildung als Ziel öffentlicher Erziehung

Ein politisch liberaler bildungspolitischer Ansatz zeichnet sich zunächst dadurch aus, dass er die Entwicklung und Förderung *demokratischer* Dispositionen ins Zentrum rückt. Fragen fairer Chancengleichheit, die ansonsten bei normativ-theoretischen Diskussionen der Bildungspolitik häufig Erwähnung finden, sind hingegen von nachrangiger Bedeutung.⁴⁴ Im Rahmen der rawlsschen Theorie ergibt sich diese Rangordnung schlicht daraus, dass Rawls Ansprüche politischer Gerechtigkeit gegenüber denen sozioökonomischer Gerechtigkeit priorisiert.⁴⁵ Insbesondere in *Politischer Liberalismus* weist Rawls sozioökonomischen Fragen fairer Chancengleichheit eine nachrangige Bedeutung zu. In diesem Spätwerk bestimmt Rawls nämlich jene Bedingungen, deren Erfüllung eine lediglich *grundsätzlich* – und nicht vollkommen

⁴³ Rawls, *Politischer Liberalismus*, S. 223, behauptet dementsprechend, „dass unsere Ausübung politischer Macht nur dann völlig angemessen ist, wenn sie sich in Übereinstimmung mit einer Verfassung vollzieht, deren wesentliche Inhalte vernünftigerweise erwarten lassen, dass alle Bürger ihnen als freie und gleiche im Lichte von Grundsätzen und Idealen zustimmen, die von ihrer gemeinsamen menschlichen Vernunft anerkannt werden.“

⁴⁴ Gerechtigkeitstheoretische Ansätze zur Bildungspolitik, die sich auf die Herstellung fairer Chancengleichheit konzentrieren, finden sich insbesondere in *Brighouse*, *School Choice and Social Justice*; *Swift*, *How Not to Be a Hypocrite: School Choice for the Morally Perplexed Parent*; *Brighouse/Swift*, *Equality, Priority, and Positional Goods; Educational Equality versus Educational Adequacy*.

⁴⁵ Dies betont auch *Walzer*, *Spheres of Justice*, S. 197-226 (Kap. 8).

– gerechte Ordnung nach sich ziehen würde; faire Chancengleichheit zählt nicht zu diesen.⁴⁶ Folglich muss eine im politisch liberalen Sinn gerechte öffentliche Erziehung zunächst um die Herausbildung jener moralischen Dispositionen bemüht sein, die der Herstellung politischer Gerechtigkeit dienen. Da politisch liberale Gerechtigkeit demokratische Institutionen erfordert, heißt dies, dass die Vermittlung demokratischer Dispositionen das primäre Ziel eines politisch liberalen, öffentlichen Bildungs- und Erziehungssystems ist.⁴⁷

Dies bedeutet zwar keineswegs, dass öffentliche Erziehung deswegen nicht auch der späteren beruflichen Tätigkeit bzw. wirtschaftlicher Eigenständigkeit dienen sollte. Wie Rawls explizit betont, sollten Kinder und Jugendliche „durch ihre Erziehung darauf vorbereitet werden [...] für den eigenen Lebensunterhalt sorgen zu können.“⁴⁸ Jedoch darf dieses Ziel nicht auf Kosten der Herausbildung demokratischer Dispositionen verfolgt werden; es muss vielmehr der Entwicklung dieser Dispositionen dienlich sein, etwa dadurch, dass Individuen sich durch wirtschaftlich nutzbare Fähigkeiten in ihrem Selbstwert bestätigt fühlen. Es sollte daher lediglich als instrumentelles Ziel verstanden werden, dass nicht jene Wichtigkeit erlangen darf, die es im Zuge der aktuellen Ökonomisierung der Bildung erhalten hat.

Als demokratische Dispositionen zählen an erster Stelle jene zwei moralischen Vermögen, die Rawls den Bürgern einer ideal gerechten Gesellschaft zuschreibt. Diese moralische Vermögen bestehen zum einen in der Fähigkeit, Gerechtigkeitsgrundsätze zu begreifen, zu kontextualisieren und sich von diesen motivieren zu lassen, sowie zum anderen in der Fähigkeit, eine Vorstellung des Guten zu entwickeln, zu revidieren und zu verfolgen.⁴⁹ Die zweite Fähigkeit drückt personale Autonomie aus und ist im Kontext neuzeitlicher und gegenwärtiger Bildungsphilosophie wenig überraschend.⁵⁰ Das Besondere der politisch liberalen Verteidigung dieses Bildungs- und Erziehungsziels besteht darin, dass personale Autonomie nicht im Sinne eines „ethischen“ Ideals begriffen wird, dessen Realisierung konstitutiv für ein gutes Leben sei.

Anders als der perfektionistische Liberalismus, den u.a. John Stuart Mill und Joseph Raz vertreten, rechtfertigt der politische Liberalismus personale Autonomie auf eine *politische* Art und Weise, welche deren Realisierung „bloß“ als moralisch-politische Gerechtigkeitsforde-

⁴⁶ Rawls, *Politischer Liberalismus*, S. 59, fordert lediglich eine „gewisse Chancengleichheit, besonders in Bildung und Ausbildung,“ da sich sonst „nicht alle Teile der Gesellschaft an den Debatten der öffentlichen Vernunft beteiligen und ihren Beitrag zu sozialen und politischen Programmen leisten“ können.

⁴⁷ Vgl. Rawls, *Gerechtigkeit als Fairneß*, S. 211-275 (Teil IV).

⁴⁸ Rawls, *Gerechtigkeit als Fairneß*, S. 241-242.

⁴⁹ Ebd., S. 44-52 (§7), insb. S. 44.

⁵⁰ Der neuzeitliche *locus classicus* sind Humboldts *Ideen zu einem Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staats zu bestimmen*. Rousseaus *Émile oder Über die Erziehung* lässt sich auch derart interpretieren, dass darin ein Ideal der Erziehung im Sinne einer Vorstellung von personaler Autonomie vorgelegt wird, das sich in einer authentischen Lebensführung ausdrückt.

rung ansieht. Der politische Liberalismus folgt also nicht der perfektionistischen Argumentation, wonach personale Autonomie deswegen ermöglicht werden muss, weil das authentische Streben nach einer individuellen Lebensweise moralisch intrinsisch wertvoll ist.⁵¹ Vielmehr lautet dessen grundlegende normative Überlegung, dass es niemandem zusteht, für andere zu entscheiden, welche Werte sie für ihr Leben als bedeutsam anerkennen sollen, und dass dies deswegen jedem selbst überlassen werden muss.⁵² Daher betont Rawls, dass eine dem politischen Liberalismus entsprechende öffentliche Bildung und Erziehung „keine [...] Versuche macht, die charakteristischen Tugenden und Werte der auf Autonomie und Individualität bedachten Formen des Liberalismus oder irgendeiner anderen Globallehre zu kultivieren.“⁵³

Dadurch kann Rawls das Problem umgehen, dass für manche Bürger – und insbesondere manche religiöse Bürger – personale Autonomie kein Ideal eines guten Lebens sein mag. Vielmehr darf personale Autonomie lediglich moralisch vom Standpunkt eines zukünftigen Bürgers aus gerechtfertigt werden. Ein solcher müsse über seine bürgerlichen und politischen Rechte informiert sein, damit dieser nicht lediglich aufgrund der Unkenntnis dieser von anderen dazu verleitet werde, einer bestimmten Weltanschauung zu folgen. Die Wichtigkeit der Kenntnis dieser Rechte besteht also nicht darin, den intrinsischen moralischen Wert einer individuellen Lebensführung zu befördern. Vielmehr geht es darum, zu verhindern, dass Bürger andere Bürger in der Wahl ihrer Lebensführung auf eine Art und Weise beeinflussen, die verkennt, dass jeder einzelne Bürger selbst entscheiden darf, ob er oder sie sich zu einer bestimmten Vorstellung des Guten bekennen will oder nicht. Daher betont Rawls, dass es dem politischen Liberalismus entspricht, „dass die Erziehung der Kinder solche Dinge wie die Kenntnis ihrer verfassungsmäßigen und bürgerlichen Rechte umfasst, damit sie z.B. erfahren, dass es in ihrer Gesellschaft Gewissensfreiheit gibt und dass Glaubensabtrünnigkeit unter dem Gesetz nicht als Verbrechen gilt.“⁵⁴

Das andere Bildungs- bzw. Erziehungsziel ist die Herausbildung eines Gerechtigkeitssinns, womit die Fähigkeit gemeint ist, Gerechtigkeitsgrundsätze zu verstehen, zu kontextualisieren und sich von diesen motivieren zu lassen. Einer politisch liberalen Verständnisweise zufolge

⁵¹ Raz, *The Morality of Freedom*, S. 321-399 (Kap. 13 und 14); Mill, *Über die Freiheit*, S. 81-107 (Kap. 3).

⁵² In diesem Sinne vertritt Rawls ein Ideal der Freiheit als Nicht-Beherrschung, wie Costa, Rawls, *Citizenship, and Education*, S. 72-90 (Kap. 6), überzeugend argumentiert. Costa, Rawls, *Citizenship, and Education*, S.86, erläutert die Bedeutung, personale Autonomie derart zu rechtfertigen, wie folgt: „[T]he case for educating citizens against domination is critically different from the case for educating citizens towards the cultivation of any ideal of personal autonomy. The positive value that reasonable people may give to ideals of personal autonomy can vary, since any such ideals will be controversial. But one can expect much wider agreement on the claim that domination is *prima facie* bad and that there are good reasons to avoid or prevent it [...]. The reasonable expectation of widespread agreement regarding the badness of domination allows the case for the education for freedom as non-domination to be framed within the boundaries of political justification.“

⁵³ Rawls, *Gerechtigkeit als Fairneß*, S. 241-242.

⁵⁴ Ebd.

hat ein solcher Gerechtigkeitssinn in weltanschaulich pluralistischen Gesellschaften eine besondere Bedeutung, da in solchen politische Gerechtigkeitsgrundsätze nicht als Ausfluss eines geteilten Verständnisses des guten Lebens begriffen werden können.⁵⁵ Vielmehr sind Gerechtigkeitsgrundsätze gemäß eines Kriteriums der Reziprozität zu rechtfertigen, demzufolge diese Grundsätze von Anhängern unterschiedlicher Vorstellungen des guten Lebens wechselseitig anerkannt werden können müssen.⁵⁶ Daher müssen Bürger, die diese Art von Gerechtigkeitsgrundsätze verstehen, anwenden und sich von diesen motivieren lassen können, Rawls' Terminologie gemäß „vernünftige“ Bürger sein.

Vernünftige Bürger müssen zum einen nachvollziehen können, welche Grundsätze sich entsprechend des Reziprozitätskriteriums rechtfertigen lassen. Rawls spezifiziert, dass vernünftige Bürger in der Lage sind, faire Bedingungen sozialen Zusammenlebens vorzuschlagen, die für Anhänger jeglicher Vorstellungen des Guten akzeptabel sind; zusätzlich sind sie fähig, diesen auch Folge zu leisten – zumindest sofern sich die übrigen Bürger ebenfalls an diese halten. Daher „sollte die Erziehung zur Förderung der politischen Tugenden beitragen, so dass die Kinder den Wunsch haben, bei ihren Beziehungen zum Rest der Gesellschaft die fairen Modalitäten der sozialen Kooperation zu respektieren.“⁵⁷ Zum anderen müssen vernünftige Bürger die Tatsache des in liberalen Gesellschaften existierenden weltanschaulichen Pluralismus anerkennen. Sie müssen begreifen, dass die Inanspruchnahme bürgerlicher Freiheiten zu unterschiedlichen Weltanschauungen führt. Bürger, die in ihren Lebenswelten unterschiedlichen Erfahrungen ausgesetzt sind und diese verschiedenartig interpretieren, kommen zu variierenden Weltanschauungen.

Kritiker des politischen Liberalismus würden vermutlich in Anbetracht des bislang Erläuterten einwenden, dass Rawls sich nur mit relativ abstrakten normativen Zielen öffentlicher Bildung und Erziehung beschäftigt, nicht aber mit anwendungsorientierten pädagogischen Fragen, die sich bei der Realisierung dieser ergeben. Ein solcher Einwand ist nicht unberechtigt. In der Tat beschäftigt Rawls sich nur kaum mit solchen Fragen, welche (vor-)schulische und akademische Erziehung und Bildung betreffen.⁵⁸ Dies hat mindestens zwei Gründe. Zum einen zählt Rawls das öffentliche Bildungs- und Erziehungssystem nicht zur gesellschaftlichen Grundstruktur, welche der Untersuchungsgegenstand seiner politisch liberalen Gerechtigkeits-theorie ist.⁵⁹ Zum anderen nimmt er an, dass Bürger, die unter gerechten politischen Instituti-

⁵⁵ Rawls, Politischer Liberalismus, S. 67, 219; Gerechtigkeit als Fairneß, S. 63-64.

⁵⁶ Rawls, Politischer Liberalismus, S. 43-44, 83-4.

⁵⁷ Rawls, Gerechtigkeit als Fairneß, S. 241-2.

⁵⁸ Ebd., S. 250-259, macht zumindest mit Blick auf die innerhalb von Familien geltenden normativen Grundsätze klar, dass diese der Realisierung gerechter politischer Institutionen nicht im Wege stehen dürfen.

⁵⁹ Vgl. Rawls, Politischer Liberalismus, S. 367-403 (Kap. 7).

onen aufwachsen, aufgrund der sozialisatorischen Wirkung dieser genau jene moralischen Dispositionen ausbilden, welche den Fortbestand einer gerechten politischen Ordnung sichern.⁶⁰

Daher scheint es, wie Victoria Costa zu Recht betont, dass unter nicht-idealen Umständen pädagogische Überlegungen erheblich an Gewicht gewinnen, da eben genannte sozialisatorische Wirkung politischer Institutionen nicht vorhanden ist. Unter solchen Bedingungen erscheint die öffentliche Erziehung daher als geeignetes Instrument, um zur Herausbildung demokratischer Dispositionen beizutragen.⁶¹ Schließlich lässt sich auch befürchten, dass politische Institutionen, die im liberalen Sinne ungerecht sind, Bürger abhalten, einen Gerechtigkeitssinn auszubilden. Denn gerechtes politisches Verhalten wird unter solchen Bedingungen nicht auf reziproke Weise honoriert. Daher sei abschließend zumindest auf eine zentrale pädagogische Implikation hingewiesen, die sich aus einer Erweiterung von Rawls Gedanken mit Blick auf nicht-ideale Umstände erschließt.

Eammon Callan und Costa argumentieren beide, dass eine Auseinandersetzung mit einer Vielzahl unterschiedlicher, umfassender Weltanschauungen in öffentlichen Bildungs- und Erziehungsinstitutionen zur Herausbildung demokratischer Dispositionen notwendig ist. Schließlich müssen sich vernünftige Bürger in die Perspektive anderer Bürger, die eine andere Vorstellung des Guten vertreten, hineinversetzen können, um aus dieser Perspektive zu prüfen, ob bestimmte Grundsätze dem Kriterium der Reziprozität genügen. Costa drückt diesen Punkt folgendermaßen aus: „Reasonability requires exposure to diversity because this requires the capacity for reciprocity, which involves being capable of making proposals that one considers fair, and being willing to listen and discuss others proposals, all of which requires understanding the others points of views.“⁶² Nur mittels einer gründlichen Beschäftigung mit anderen Weltanschauungen bzw. dem Erlernen deren Methodik, sind Bürger dazu in der Lage, zu unterscheiden, ob aus der Perspektive anderer Bürger bestimmte Grundsätze tatsächlich nicht rechtfertigbar sind, oder ob Bürger dies nur deswegen behaupten, um ihr Eigeninteresse zu verfolgen. Bürger müssen also über eine gewisse hermeneutische Sensibilität verfügen, die es ihnen erlaubt, sich zumindest bis zu einem bestimmten Grad den Standpunkt anderer zu erschließen.⁶³ Costa schlussfolgert daher: „[G]iven the plurality of comprehensive doctrines

⁶⁰ Vgl. *Rawls*, *Gerechtigkeit als Fairneß*, S. 226-227; S. 97: „Damit die Bürger einer wohlgeordneten Gesellschaft einander als freie und gleiche Personen anerkennen, müssen sie von den Grundinstitutionen erzogen und zur Einsicht in diese Auffassung ihrer selbst gebracht werden.“

⁶¹ Vgl. *Costa*, *Rawls, Citizenship, and Education*, S. 57-59.

⁶² *Costa*, *Rawls, Citizenship and Education*, S. 67.

⁶³ Diese Argumentation beruht auf folgenden Gedanken von *Callan*, *Creating Citizens*, S. 26: „[O]nly through empathic identification with your viewpoint can I appreciate what reason might commend in what you say. For if I am to weigh your claims as a matter of fairness rather than a rhetorically camouflaged expression of

that citizens endorse, it is also necessary to encourage attitudes of understanding [and] mental openness“.⁶⁴ Zweifelsohne gedeiht eine solche geistige Offenheit eher dann, wenn eine respektvolle Auseinandersetzung mit anderen, umfassenden Weltanschauungen im Schulalltag eingeübt wird.

4. Fazit

Es ist eine wiederkehrende Kritik am Liberalismus, dass dieser nicht hinreichend die spezifischen Eigenschaften der sozialen und politischen Wirklichkeit reflektiere, auf die er sich bezieht. In jüngster Vergangenheit haben einige politische Theoretiker von diesem Einwand ausgehend dem politischen Liberalismus vorgeworfen, dass dessen Vertreter sich nicht zu aktuellen Krisen äußerten. In diesem Aufsatz habe ich diesen Vorwurf auf zwei verschiedene Weisen entkräftet. Zum einen habe ich darauf verwiesen, dass sowohl eine politisch liberale Idealtheorie als auch eine solche nicht-ideale Theorie für die Bewältigung dieser Krisen von praktischer Bedeutung sind. Die Idealtheorie kann die Einstellung politischer Akteure in einer Art und Weise affizieren, welche deren Motivation steigert, sich für mehr Gerechtigkeit einzusetzen. Zudem setzen sich derzeit eine Vielzahl liberaler politische Theoretiker im Modus nicht-idealer Theorie mit genau jenen Themen auseinander – beispielsweise Migration –, welche von zentraler Bedeutung für die Lösung gegenwärtigen Krisen sind. Zum anderen habe ich anhand des Beispiels öffentlicher Bildung und Erziehung verdeutlicht, dass der politische Liberalismus selbst in dem Bereich, in dem ihm besonders häufig Sprachlosigkeit nachgesagt wird, praxisrelevante Aussagen zu begründen im Stande ist. Aufgrund dieser Überlegungen scheint es mir als unangemessen, den politischen Liberalismus für dessen vermeintliche praktische Irrelevanz im Status Quo zu kritisieren.⁶⁵

Literaturverzeichnis

Böckenförde, Ernst-Wolfgang: Freiheit und Recht, Freiheit und Staat, In Recht, Staat, Freiheit. Hrsg. Bockenförde, Ernst-Wolfgang, 4. Auflage, S. 42-57, 2006.

sheer selfishness, I must provisionally suspend the thought that you are simply wrong and enter imaginatively into the moral perspective you occupy.“

⁶⁴ Costa, Rawls, Citizenship, and Education, S. 66.

⁶⁵ Sebastian Huhnholz, Regina Schidel, Cord Schmelze und Thorsten Thiel bin ich für kritische Hinweise zu früheren Versionen dieses Textes sehr dankbar.

Brennan, Geoffrey/Pettit, Philip: The Feasibility Issue, in *The Oxford Handbook of Contemporary Philosophy*: Hrsg. Jackson, Frank/Smith, Michael, S. 258-279, 2005.

Brighouse, Harry: Civic Education and Liberal Legitimacy, *Ethics* 108, S. 719-745, 1998.

Brighouse, Harry: *School Choice and Social Justice*, 2000.

Ders. und Adam Swift: Equality, Priority, and Positional Goods, *Ethics* 116/3, S. 471-497, 2006

Dies.: Educational Equality versus Educational Adequacy: A Critique of Anderson and Satz, *Journal of Applied Philosophy* 26/2, S. 117-128, 2009.

Buchanan, Allen: *Marx and Justice: The Radical Critique of Liberalism*, 1982.

Ders.: Justice, Legitimacy, and Self-Determination: Moral Foundations for International Law, 2004.

Ders.: *Justice, Legitimacy and the Use of Force*, 2010.

Callan, Eammon: *Creating Citizens*, 1997.

Carens, Joseph: *The Ethics of Immigration*, 2014.

Cohen, G.A.: *Rescuing Justice and Equality*, 2008.

Cooper, W.E.: The Perfectly Just Society, *Philosophy and Phenomenological Research* 38, S. 46-55, 1977.

Costa, Victoria: *Rawls, Citizenship, and Education*, 2011.

Crouch, Colin: Commercialization or Citizenship: The Case of Education, In *Philosophy of Education – An Anthology*. Hrsg. Curren, Randall, S. 200-207, 2003.

Culp, Julian: Two Conceptions of Ideal and Nonideal Theory, *Aracê* 2/2, S. 127-153, 2015.

Fabre, Cécile: *Cosmopolitan War*, 2012.

Dies.: *Cosmopolitan Peace*, 2016.

Farrelly, Colin: Justice in Ideal Theory: A Refutation, *Political Studies* 55, S. 844-864, 2007.

Feinberg, Joel: Duty and Obligation in the Non-Ideal World, *The Journal of Philosophy* 70, S. 263-275, 1973.

Habermas, Jürgen: Vom pragmatischen, ethischen und moralischen Gebrauch der praktischen Vernunft, in: ders.: *Erläuterungen zur Diskursethik*, S. 101-118, 1991.

Hinsch, Wilfried: Ideal Justice and Rational Dissent. A Critique of Amartya Sen's The Idea of Justice, *Analyse & Kritik* 33/2, S. 371-386, 2011.

Hinsch, Wilfried, Hrsg.: *Zur Idee des Politischen Liberalismus*, 1997.

Honneth, Axel, Hrsg.: *Kommunitarismus*, 1994.

Ders.: Demokratie und öffentliche Erziehung – Ein vernachlässigtes Kapitel der politischen Philosophie, *Zeitschrift für Pädagogik* 15, S. 429-442, 2002.

Humboldt, Wilhelm von: Ideen zu einem Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staats zu bestimmen, In: ders.: *Schriften zur Anthropologie und Geschichte. Werke in fünf Bänden. Band I.* Hrsg. Flitner, Andreas/Giel, Klaus, 1960 [1792].

Jamieson, Dale: *Reason in Dark Times*, 2014.

Korsgaard, Christine: The Right to Lie: Kant on Dealing with Evil, *Philosophy & Public Affairs* 15, S. 325-349, 1986.

Kreide, Regina: Das Schweigen des politischen Liberalismus, Mittelweg 36 25/2, S. 37-50, 2016.

Lloyd-Williams, Huw: Rawls, Development and Global Justice, 2012.

Meyer, Kirsten: Bildung, 2011.

Mill, John Stuart: Über die Freiheit, Stuttgart: Reclam, 2010 [1859].

Mills, Charles: Ideal Theory as Ideology, Hypatia 20, S. 165-184, 2005.

Moellendorf, Darrel: Dangerous Climate Change, 2014.

Murphy, Liam: Moral Demands in Non-ideal theory, 2000.

Nida-Rümelin, Julian: Philosophie einer humanen Bildung, 2013.

Nonhoff, Martin: Krisenanalyse und radikale Theorie der Demokratie, Mittelweg 36 25/2, S. 21-36, 2016.

Nussbaum, Martha: Nicht für den Profit! Warum Demokratie Bildung braucht, 2012

O'Neill, Onora: Abstraction, Idealization and Ideology in Ethics, in Moral Philosophy and Contemporary Problems: Hrsg. Evans, J.D.G., 1987, S. 55-69.

O'Neill, Onora: Towards Justice and Virtue, 1996.

Philips, Michael: Reflections on the Transition from Ideal to Non-Ideal Theory, Noûs, 19, S. 551-570, 1985.

Rawls, John: A Theory of Justice, 1971.

Ders.: Politischer Liberalismus, 1998.

Ders.: Das Recht der Völker, 2002.

Ders.: Gerechtigkeit als Fairneß, 2006.

Robeyns, Ingrid: Ideal Theory in Theory and Practice, *Social Theory and Practice*, 34, S. 341-362, 2008.

Ronzoni, Miriam: What makes a basic structure just? *Res Publica* 14, S. 203-218, 2008.

Dies.: The Global Order – A Case of Global Background Injustice?, *Philosophy and Public Affairs* 37, S. 229-256.

Rousseau, Jean-Jacques: *Emil oder Über die Erziehung*, Hrsg. v. Ludwig Schmidts, 1998 [1762].

Sangiovanni, Andrea: The Bounds of Solidarity: International Justice, Reciprocity and the European Union, i.E.

Schaber, Peter: Moralische Neutralität und Autonomie – Zur Philosophie der liberalen Erziehung, *Studia Philosophica* 54, S. 89-100, 1995.

Schaub, Jörg: Gerechtigkeit als Versöhnung – John Rawls' politischer Liberalismus, 2009.

Ders.: Luftschloss Liberalismus – Warum das Denken in Krisenzeiten keinen Halt findet, *Mittelweg* 36 25/2, S. #-#, 2016.

Sen, Amartya: What Do We Want From A Theory of Justice?, *Journal of Philosophy* 103, S. 215-238, 2006.

Simmons, John: Ideal and Nonideal Theory, *Philosophy and Public Affairs* 38/1, S. 5-36, 2010.

Sreenivasan, Gopal: What is Non-Ideal Theory? In *Transitional Justice – NOMOS LI: Williams MS, Nagy R, and Elster J (Hrsg.)*, S. 233-256. + Jahr

Stemplowska, Zofia: What's Ideal about Ideal Theory?, *Social Theory and Practice* 34, S. 319-340, 2008.

Swift, Adam: How Not to Be a Hypocrite: School Choice for the Morally Perplexed Parent, 2003.

Ders.: The Value of Philosophy in Nonideal Circumstances, *Social Theory and Practice* 34, S. 363-387, 2008.

Raz, Joseph, *The Morality of Freedom*, 1986.

Vogelmann, Frieder: Liberale Subjekte – Eine affirmative Streitschrift, *Mittelweg* 36 25/2, S. 74-90, 2016.

Waldron, Jeremy: Theoretical Foundations of Liberalism, *The Philosophical Quarterly* 37/147, S. 127-150, 1987.

Walzer, Michael: *Spheres of Justice*, 1983.